Morgen-Ausgabe.

„Berliner Tageblatt"
erscheint täglich zweimal mit Ausnahme des Sonntags, an welchem es nur in einer Morgenausgabe ausgegeben wird. Man abonnirt außerhalb Berlins bei allen Post-Anstalten des deutschen Reichs, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande (Holland), Dänemarks, Schwedens und Norwegens, Rußlands und der Donaufürstenthümer für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur per Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. In Berlin abonnirt man bei der Haupt-Expedition, Jerusalemerstraße 48/49; sowie deren Filialen: Friedrichstraße 66, Potsdamerstraße 55, Königstraße 56/57, Prinzenstraße 41, Alt-Moabit 138, Chausseestraße 16, Große Frankfurterstraße 106, Rixdorf, Berlinerstraße 33; ferner bei allen Postämtern und Zeitungsspeditionen.
Chef-Redakteur: **Arthur Levysohn** in Berlin.

Abonnements-Preis
für das „Berliner Tageblatt" und „Handels-Zeitung", sowie das illustr. Blatt „ULK", die satirisch. Montags-Ausgabe „Reigen", die „Technische Rundschau", das Sonntagsblatt „Deutsche Reichshalle" und „Haus Hof Garten" durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark 25 Pf. Kreuzband exct. Postaufschlag; für Berlin bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 2 M. vierteljährlich 6 M. Direct unter Kreuzband vierteljährlich: für Ausland 18 M., für Inland 13 M. Inserate à Zeile 50 Pf. („General-Anzeiger" 30 Pf.) werden in der Expedition Jerusalemerstraße 48/49, sowie deren Filialen: Friedrichstraße 66, Potsdamerstraße 55, Prinzenstraße 41, Alt-Moabit 138, Chausseestraße 16, Große Frankfurterstraße 106, Rixdorf, Berlinerstraße 33 angenommen.
Druck und Verlag von **Rudolf Mosse** in Berlin.

Berliner Tageblatt.

Nummer 351. **Berlin, Donnerstag, den 13. Juli 1899.** **XXVIII. Jahrgang.**

Preußische Verwaltungskunststücke.

Ueber die Unzulänglichkeit der obersten Leiter unserer inneren Verwaltung wollen die Klagen in der Tagespresse nicht verstummen. Es genügt ja auch vollkommen, die Namen der Träger dieser wichtigen Verwaltung zu nennen, um den unwiderleglichen Beweis zu führen, daß während der letzten Jahrzehnte das wahre Merkmal jener Verwaltung die Ideenlosigkeit ist. Sieht man von der Reform der Kreis- und Provinzialordnung ab, dann muß man sagen, daß im Uebrigen auf dem Gebiete der inneren Verwaltung alles in einen Zustand der Versumpfung gerathen ist und darin verharrt. Was haben die Puttkamer, die Köller, die v. d. Recke für Leistungen aufzuweisen? Die Aufzucht sogenannter „politischer Beamter" — wie der verflossene Herr Minister v. Puttkamer die Landräthe zu bezeichnen pflegte —, Polizeimaßregelungen aller Art, Nichtbestätigungen von Vertretern der aus der Selbstverwaltung hervorgegangenen Körperschaften und vor allem — wiederholte Versuche mit unzureichenden Mitteln, um die Sozialdemokratie zu bekämpfen. In derartigen subalternen Polizeiverordnungen erschöpft sich seit Jahrzehnten die sogenannte konservative Regierungsweisheit, wie eine solche ja vornehmlich in dem Ministerium des Inneren verkörpert zu sein pflegt. Jeder neuernannte Minister des Inneren schien den Dienstzweck in unserer inneren Verwaltung anzuzeigen. Allein noch jeder Nachfolger hat seinen Vorgänger Lügen strafen können. Wer aber wird diesen Vergeltungsdienst an Herrn v. d. Recke zu verrichten im Stande sein? Ein hoher Preis für Den, der diese Räthselfrage zu lösen vermöchte.

All diese und ähnliche Betrachtungen sind unzählige Male in der gesammten liberalen Presse — und wahrlich nicht zu allerletzt vom „Berliner Tageblatt" — angestellt worden. Aber anstatt die Behauptungen in der liberalen Presse von dem Niedergange der preußischen Verwaltung im Inneren durch thatsächliche Hinweise auf wirklich schöpferische gesetzgeberische Leistungen zu widerlegen, beschränkte man sich darauf, den unbequemen liberalen Kritikern den Vorwurf einer unverbesserlichen Nörgelsucht zu machen. Besonders die nationalliberale Presse der Hauptstadt konnte nicht scharf und nicht oft genug von der gesammten offiziösen Schreibergesellschaft ihres mangelnden Patriotismus wegen angegriffen werden. Mangelnder Patriotismus ist nämlich für unsere Offiziösen stets gleichbedeutend gewesen mit Gesinnungsunabhängigkeit gegenüber dem jeweiligen Ministerium, namentlich dem jeweiligen Minister des Inneren. Nun aber erhebt sich vom Rhein her eine Stimme, welche an Deutlichkeit nichts gegenüber den gefährlichen, weil die bedenkliche Entwickelung der Zustände im Reiche wie in Preußen in Frage stellenden Mängeln unserer inneren Verwaltung zu wünschen übrig läßt.

In einem „Preußens innere Politik" überschriebenen Artikel unterwirft nämlich die „Kölnische Zeitung" unser gesammtes Verwaltungssystem, die Regierungsmethode der letzten Jahrzehnte einer dermaßen schonungslosen Kritik, wie man ihr in gleicher Schärfe in einem nationalliberalen Blatte kaum je zuvor begegnet sein dürfte. Es heißt da in dem Artikel unter anderem:

„Der starke Staat Preußen leidet seit längerer Zeit an einer bedenklichen Schwäche und Unfähigkeit seiner inneren Verwaltung. Zur Beleuchtung der ganzen inneren Lage genügt es, auf zwei Erscheinungen hinzuweisen, die in weiten politischen Kreisen mit peinigendem Unbehagen beobachtet werden und auch der parlamentarischen Vertretung besondere Aufgaben stellen. Ein hervorragendes Beispiel von der Verkehrtheit und gleichzeitig von der Unzulänglichkeit der gegenwärtigen inneren Politik in Preußen ist das Verhalten der Staatsgewalt zur Stadt Berlin. Es ist viel zu beklagen und wird für die fernere Zukunft geradezu eine Gefahr, daß der preußische Staat zu seiner eigenen Hauptstadt, dem Mittelpunkt der Regierung, ein richtiges Verhältniß nicht zu finden vermag. Die Unfreundlichkeit, die geheime und die offene Spannung zwischen Staat und Stadt ist chronisch, traditionell, fast programmatisch. Sie hat sich jetzt in der Entscheidung über die Bestätigung des gewählten Oberbürgermeisters zu einem öffentlichen Aergerniß ausgewachsen. Man verletzt die Ehre der Stadt, die Würde der Selbstverwaltung und wesentliche Staatsinteressen. Man hat hier der Welt zwar gezeigt, daß die oberste Gewalt herrscht, nicht aber, daß sie auf diesem wichtigen Gebiet zu regieren versteht."

Jeder Satz trifft in den Kern der Sache. Jeder Satz ist zu unterschreiben. Es ist vollkommen zutreffend, wenn in diesem Artikel des Weiteren ausgeführt wird, daß die preußische Regierung die Macht des Handels nicht richtig einschätzt. „Ein Theil der Weltregierung gehört dem Handel," ruft der Verfasser aus, „und daran ändert alles Geschrei von Gewalter Schneider und Handschuhmacher, von Agrariern und Mittelstandspolitikern nicht das Geringste. Ein Staat, der sich mit dieser Thatsache nicht abzufinden vermag, ladet eine schwere Verantwortlichkeit auf sich. Das alte Rom, das moderne England verdanken der richtigen Einstellung des Faktors „Handel" in die staatswirthschaftliche Gleichung ihre Bedeutung als Weltmächte.

In der deutschen Reichshauptstadt, dem werdenden Centrum des modernen europäischen Wirthschaftslebens, der Industrie, des Handels und der hohen Finanz, erwachsen, wenn man nicht rechtzeitig gute Politik macht, dem Staate zwei feindliche Gewalten, die, wie auch der Machtstreit ausfallen wird, die endlich errungene Einheit des Reiches wieder erschüttern werden. Im Mittelpunkt selbst dieser endlich gewonnenen kraftvollen Regierung entsteht ein mächtiges Gemeinwesen, und die Direktionsgewalt wirthschaftlicher Mächte geht in einen kühlen und unfreundlichen Parallelismus, allmälig in wachsende Gegnerschaft über, die schwere Kämpfe und eine Schwächung des Einheitsbewußtseins bringen muß. Die preußisch-deutsche Monarchie muß diese gesellschaftlichen Kräfte verständnißvoll gewinnen. Sie vermag sie anzuherrschen, zu brüskiren, zu verachten; loswird sie diese Naturmächte nicht.

Nach der umgekehrten Richtung zeigt die „Regierung", daß ihre Herrschaft sich in rein äußeres Machwerk verflüchtigt, daß sie aber nicht kraftvoll wirklich zu regieren versteht. Es betrifft dies das Verwaltungsverhältniß der engeren Gemeinde Berlin zu ihren Vororten. Die dem Abgeordnetenhause zugegangene Vorlage über die Polizeiverwaltung in den Berliner Vororten ist nur ein wiederkehrendes Zeichen der Unfähigkeit, durch welche die innere Verwaltung Preußens seit längerer Zeit sich traurig auszeichnet. Man hat nicht die Kraft, nicht die Einsicht zu größerem Wollen, zu einer wahrhaft regierungsmäßigen Beherrschung der Dinge. Daß man das preußisch-deutsche Reichscentrum selbst verwaltungstechnisch in centrifugalen Partikulargemeinden sich entwickeln läßt, ist ein Beweis von einer Kurzsichtigkeit und Schwächlichkeit, die für die weitere Zukunft sehr ernste Schwierigkeiten entstehen lassen. Es geht im Mittelpunkt wie im Lande. Ueberall läßt man im eigenen Hause die Zuchtlosigkeit aufschießen — und erholt sich dann im strammen äußeren Apparat des Disziplinarverfahrens und Vorgehens gegen kleine Unterbeamte, die sich etwa unterfangen, sich mit ihren Schmerzen an die Presse zu wenden. Wie man an allen Stellen agrarische Frondeurs, konfessionelle Antagonisten, opponirende und quertreibende Landräthe einsetzt und duldet, ein Stück der Souveränität und Regierungsgewalt Theile des eigenen Willens preisgiebt, so läßt man um die Hauptstadt Berlin herum einen Rattenkönig selbstständiger Städte entstehen, die in nothwendigen Gegensatz zur Hauptstadt treten und Regierung und Verwaltung auf allen Gebieten, nicht nur auf dem der Polizei, in bedenklicher Weise erschweren werden. Berlin wird die großartigste, aber auch eine der gefährlichsten Hauptstädte Europas werden. Gegen dieses Wachsthum und gegen diese Entwickelung wird man sich vergebens sträuben. Auch die bei der Berathung über die Seuchenfrage offenbarte kümmerliche Weisheit wird diesen Naturgewalten gegenüber sich als Zwergopposition erweisen. Es ist hohe Zeit, daß der preußische Staat zu dem Geist seiner Tradition zurückkehrt. Diese bestand in der Beugung des schädlichen Sonderthums in den Ständen und Korporationen, in der Herstellung einer allgemeinen Regierung, die den Staatsgedanken über die örtlichen und einseitig genossenschaftlichen Interessen siegen ließ. Nur eine solche Regierung vermag stark zu sein und zugleich den Zweck staatlicher Herrschaft zu erfüllen, alle Kräfte des Volkslebens zu freier Entfaltung zu bringen. Dem preußischen Staat ist gerade in unserer Zeit der wirthschaftlichen Kämpfe ein gewaltiges Problem gestellt. Es kann nur gelöst werden, wenn die Staatsgewalt sich als solche reiner herausarbeitet, aus dem wirthschaftlichen Kampf der Parteien sich vorsichtig zurückzieht und auf den neutralen Standpunkt einer Regierung nach Gesetzen sich beschränkt. Dieser Rückzug ist schwer, aber er ist nothwendig und befreiend. Sicher ist aber, daß die gegenwärtige innere Verwaltung in Preußen alles andere darstellt als eine Landesregierung von Einsicht und Stärke."

Wenn schon in den ewig vertrauensseligen Kreisen der Nationalliberalen sich derartige schonungslose, aber leider nur allzu berechtigte Urtheile über unsere ideenlose innere Regierung hervorwagen können, dann muß der gerügte Uebelstand sehr tief eingewurzelt sein. Es thut also schleunige Umkehr auf der nur zu lange schon eingehaltenen Bahn noth. Herr v. d. Recke und sein Generalstab freilich vermögen diese nothwendige Um- und Rückkehr zu den guten preußischen Verwaltungstraditionen nicht zu vollziehen. Wie sagte dereinstmalen Franz Ziegler unvergeßlichen Andenkens im Abgeordnetenhause? „Der Herr Minister v. Mühler muß fort von seinem Platze!"

Preßstimmen über das Kaisertelegramm.

Nachdem wir im gestrigen Abendblatte unsere Auffassung über die Bedeutung und die etwaige Tragweite der jüngsten kaiserlichen Kundgebung umständlich dargethan, erübrigt nur noch, die bisher vorliegenden Aeußerungen der hauptstädtischen Presse in ihren wesentlichen Theilen zur Kenntniß der Leser zu bringen.

Der konservative „Reichsbote" knüpft an die verschiedenen in Westfalen gehaltenen kaiserlichen Reden, namentlich an die Oeynhausener an, und er erblickt in dieser von der Nordlandsreise her an Dr. Hinzpeter entsandten telegraphischen Kundgebung nur die logische Schlußfolgerung aus den früheren. Dann heißt es wörtlich:

„Sie ist bestimmt, neben dem allerhöchsten Dank, der den Westfalen wird, der politischen Welt als ein Zeichen des unerschütterlichen Wollens zu dienen, daß der Kaiser trotz der Schwierigkeiten und den Widerständen, die er inzwischen namentlich im Reichstage und bei den linken Parteien mit der Vorlage zum Arbeitswilligenschutze gefunden hat, gesonnen ist, den von ihm in Bielefeld betretenen Wege weiter zu gehen und sich durch die herrschende Opposition nicht in dem von ihm als nothwendig erkannten Kampf gegen den Umsturz beirren zu lassen. Diese unumwundene Erklärung, an deren Fassung nichts zu drehen und zu deuteln ist, wird dem Liberalismus wie dem Centrum und der Sozialdemokratie als ein Signal dienen, daß es mit ihrer triumphirenden Erwartung, die Regierungsvorlage sei endgültig begraben, nichts ist, sondern daß die Frage des Kampfes gegen die Gewalt und den Zwang des Umsturzes wiederkehrt, bis sie im Sinne des Bielefelder Programms gelöst ist.

Sie ist andererseits eine dankenswerthe Ermunterung der treuen Hilfe, welche die konservativen Kreise und Fraktionen der Regierung stets in diesem Kampfe, der die Wurzeln des preußischen Staatswesens berührt, noch bei den letzten Berathungen im Reichstage und im Herrenhause geleistet haben. . . .

Im weiteren Sinne wird man die feierliche Erklärung des Kaisers, unbeugsam weitergehen zu wollen, auch auf andere Punkte seiner Politik beziehen müssen. Vom royalistischen Standpunkte wird man auch hier eine feste Hand nur willkommen heißen müssen. Nichts schadet mehr als Schwanken oder Zickzack. In der öffentlichen Erscheinungen Flucht, in dem Gewirr der Parteien und Meinungen bleibt, wenn es sich um Alternativen und ungeklärte Streitpunkte handelt, die Stimme des Herrschers doch allein für das Volk die letzte Vernunft und die des rechtmäßigen Führers.

Sie gelten zu machen, ist jedenfalls ein natürliches Recht eines Fürsten von Gottes Gnaden."

Ganz genau in demselben Gedankengeleise bewegt sich das Organ der Scharfmacherpartei des Freiherrn v. Stumm, nämlich die „Post".

Die agrarische „Deutsche Tageszeitung" ist im Großen und Ganzen mit den vorgenannten Meinungen ebenfalls einverstanden. Allein sie benutzt die Gelegenheit, um noch folgende Betrachtung an das Kaisertelegramm anzuknüpfen:

„Nach dieser, nämlich nach der gegen die Sozialdemokratie zielenden, Richtung hin kann sich der Kaiser der Erwartung hingeben, daß sein Streben von Erfolg gekrönt sein wird, umsomehr als er die große Mehrheit des Volkes auf seiner Seite hat. Wie steht es aber mit den anderen Theilen des kaiserlichen Programms? Ist der „Schutz der nationalen Arbeit aller produktiven Stände" verwirklicht? Müßt sich die Regierung energisch mit Erfolg um die „Kräftigung eines gesunden Mittelstandes"? Hat die Regierung in der That ein Verständniß dafür, daß nur ein kräftiger Mittelstand das feste Rückgrat des Reiches bilden kann? Welche Anschauungen hierüber in den weitesten Kreisen des Volkes, im städtischen Bürgerstande und auf dem Lande herrschen, darüber brauchen wir unsere Leser nicht aufzuklären. Die Zahl der berechtigten Forderungen auf diesem Gebiete ist außerordentlich groß. Man darf aus der kaiserlichen Kundgebung die freudige Gewißheit entnehmen, daß dem Monarchen die Durchführung seines Bielefelder Programms außerordentlich am Herzen liegt. Diese Gewißheit wird im deutschen Mittelstande neuen Muth erzeugen und die wichtigste wirthschaftliche Frage, die nach der Gestaltung der Handelsverträge, in denen der jetzt völlig unzureichende Schutz der nationalen Arbeit erst gewährleistet werden soll, unter die richtigen Gesichtspunkte selbst bei Denen rücken, welche auch bei dieser Gelegenheit den wichtigsten Zweig der nationalen Arbeit, die deutsche Landwirthschaft, vernachlässigen zu können glauben. Die Durchführung des gesammten kaiserlichen Programms, dessen Sätze dem deutschen Volke, soweit es national gesinnt ist, aus der Seele gesprochen sind, erhoffen wir von ganzem Herzen und werden sie mit aller Kraft und allen uns zu Gebote stehenden Mitteln befördern."

Man ersieht aus diesen Beobachtungen und Eröffnungen wieder einmal so recht deutlich, daß das agrarische Kählein das Mausen nicht lassen kann.

Die radikale „Volksztg." sagt im Hinblick auf die Aeußerung des Kaisers von seinem „unbeugsamen Willen", den einmal als richtig erkannten Weg allem Widerstande zum Trotz unbeirrt weiter zu gehen:

„Wie das gemacht werden soll, da fast die Großen Kurfürsten Zeiten in staatsrechtlichen Einrichtungen einige nicht unerhebliche Veränderungen stattgefunden haben, das bleibt unerfindlich. Darüber werden sich vielleicht die armen Minister wieder monatelang den Kopf zerbrechen. Das für am Ende dieses Kopfzerbrechens bei einem Verfassungsänderungsvorschlag landen sollten, halten wir, allen bisher passirten Unglaublichen zum Trotz, vorläufig für absolut ausgeschlossen. Da wird es also wohl bei der Verfassungsbestimmung bleiben, welche den unbeugsamsten Willen des Fürsten in seiner Bethätigung einengt durch die Zustimmung der Volksvertretung."

Ziemlich zu demselben Schluß kommt auch der sozialdemokratische „Vorwärts", indem er ausführt:

„Der Kaiser hat sich durch die Volksstimmung nicht überzeugen lassen. Er beschwört den Geist des Großen Kurfürsten herauf, bei ihm findet er die Bestärkung in jenen Anschauungen, denen das Volk leidenschaftlich widerstrebt und die Regierung nur widerwillig folgt. Das aber ist der Unterschied zwischen den Zeiten des Kurfürsten, der groß war, Verträge zu schließen und zu lösen, daß wir nicht mehr unter der absoluten Monarchie leben, sondern in einem konstitutionellen Staatswesen, in dem die Vertretung des Volkes, die Regierung und der Monarch zum Mindesten gleichberechtigt sind."

Die offiziöse „Nordd. Allg. Ztg." endlich macht nicht viel Aufhebens von dem Telegramm, sie publizirt die kaiserliche Kundgebung an versteckter Stelle auf der zweiten Seite.

Von Neuem bestätigt sich aber der alte Satz, wenn Fürsten telegraphiren, haben die Tagesschriftsteller zu thun; ganz nach dem Goetheschen Wort: „Legt Ihr nicht aus, so legt Ihr unter!"

---

* Das **Reichsgerichtserkenntniß** in dem **Majestätsbeleidigungsprozeß**, welcher gegen den Redakteur Quarck von der sozialistischen „Frankf. Volksstimme" angestrengt worden war, und der mit einer Verurtheilung des Angeklagten zu einer viermonatlichen Gefängnißstrafe endete, wird nicht verfehlen, überall das peinlichste Aufsehen zu erregen. Die Majestätsbeleidigung sollte in einer Kritik der jüngsten Thronrede enthalten gewesen sein. Der Verurtheilte legte die Revision beim Reichsgericht ein. Dieselbe wurde verworfen. In dem Erkenntniß heißt es unter anderem:

„Der Angeklagte hat in die von ihm redigirte Zeitung eine Besprechung der Thronrede und einzelner der in derselben angekündigten Vorlagen aufgenommen. Gegen die Beschuldigung, durch die Veröffentlichung des von ihm auch verfaßten Artikels eine Majestätsbeleidigung begangen zu haben, hat er sich in zweifacher Weise ver-

Hierzu die Wochenbeilage „Haus, Hof, Garten" (Mittheilungen über Landwirthschaft, Gartenbau und Hauswirthschaft) Nr. 28.